

Festrede zum 60. Jubiläum der Arbeiterwohlfahrt Baden und Arbeiterwohlfahrt Württemberg

Stuttgart, Neues Schloss

Von Heribert Prantl

Als vor 15 Jahren der neue Münchner Flughafen eingeweiht wurde, ging der damalige Ministerpräsident Max Streibl mit den Journalisten stolz und beseelt durch die großen Hallen. Alles war blitzblank, weitläufig, weltläufig und edel; am Boden glänzte der polierte Granit, an den Wänden prangte moderne Kunst, aus den Lautsprechern klangen die Weltsprachen. Als die Besichtigung nach zwei Stunden zu Ende war, fragte ein Journalist den Ministerpräsidenten, ob er in all dieser Pracht und Herrlichkeit etwas vermisse. Der Ministerpräsident stutzte kurz und sagte dann: „Es ist alles wunderbar, nur: Wenn man hier ankommt, merkt man doch gar nicht, dass man in München ist. Es könnte sich genauso um den neuen Flughafen in Paris oder in Melbourne handeln. Woran soll man denn hier erkennen, dass man in München gelandet ist?“ Ein Kollege schlug ihm daraufhin vor, man könne doch die nächste Landebahn „in Brezenform“ errichten. Das Gelächter war groß. Man könnte diese Geschichte wohl so ähnlich auch über den Stuttgarter Flughafen erzählen.

Aber warum erzähle ich Ihnen dieses Geschichte, die vermeintlich so gar nichts zu tun hat mit dem Jubiläum, das wir heute hier feiern? Wenn man ihr nachhört, dann klingt hinter der Lustigkeit der Begebenheit und der vermeintlichen Provinzialität des Politikers etwas sehr Ernsthaftes, Wichtiges, Grundsätzliches: Diese Geschichte führt uns nämlich zu einer Frage, die für einen Wohlfahrtsverband noch viel wichtiger ist als für einen Flughafen – nämlich: Was ist das Besondere, was ist das Erkennungszeichen, das ganz Unverwechselbare, Unverzichtbare, ja Kostbare an dieser Organisation? Was unterscheidet also die Arbeiterwohlfahrt von einem kommerziellen Anbieter sozialer Dienstleistungen?

Was sollte die AWO unterscheiden? Erstens das Bewusstsein, dass der Wert des Menschen nicht nur am Lineal der Ökonomie zu messen ist; in einem Wohlfahrtsverband darf der Wert des Menschen nicht daran bestimmt werden, was sich an ihm und mit ihm verdienen lässt. Zweitens: In einem Wohlfahrtsverband zählen andere Werte als der Markwert und es zählen andere Fähigkeiten als die unbegrenzte Leistungsfähigkeit. Ein Wohlfahrtsverband leistet soziale Arbeit, die auf Solidarität und Mitmenschlichkeit baut. So jedenfalls sollte es sein. Drittens: Leitbild der Wohlfahrtsverbände ist nicht der König Midas, der alles zu Gold machen will, sondern bei den kirchlichen Verbänden der „Barmherzige Samariter“ und bei der AWO der „Bruder Genosse“ - der aber seine Aufgabe nicht allein darin sieht, den unter die Räuber Gefallenen zu pflegen; der Samariterdienst oder Bruderdienst der modernen Wohlfahrtspflege besteht auch darin, die Straßen so zu sichern, dass immer weniger Menschen unter die Räuber fallen.

Das ist eine soziale und zugleich eine hochpolitische Aufgabe. Sozialpolitik ist nämlich sehr viel mehr als eine gesellschaftliche Verpflichtung gegenüber den Armen, sehr viel mehr als eine Fortsetzung von Notstandsküchen, Obdachlosenhilfe und Armenfürsorge, sie ist auch mehr als eine Frage der Nächstenliebe. Eine moderne Sozialpolitik muss dafür sorgen, dass der Mensch Bürger sein kann. Sie gibt dem Menschen Grundsicherung und Grundsicherheit. Seine

Freiheitsrechte, seine politischen Rechte brauchen ein Fundament, auf dem sie sich entfalten können. Sozialstaat und Demokratie gehören also zusammen, sie bilden eine Einheit. Das muss einem Wohlfahrtsverband, der Arbeiterwohlfahrt heißt, besonders bewusst sein.

Ein Wohlfahrtsverband ist daher mehr als ein Sozialverband; er ist ein politischer Verband, er sorgt dafür, dass Demokratie lebendig werden kann, er ist also eine demokratische Basisorganisation. Demokratie ist nämlich eine Gesellschaft, die ihre Zukunft miteinander gestaltet - miteinander. Damit verträgt es sich nicht, wenn immer mehr Menschen ausgegrenzt werden: Arbeitslose, sozial Schwache, Menschen mit Behinderungen, Ausländer, Flüchtlinge, Einwanderer, Haftentlassene. Eine Zweidritteldemokratie ist keine gute Demokratie. Eine Demokratie, die ein Armutproblem hat, hat ein Demokratieproblem. Wer also gegen Ausgrenzung antritt, wer Exklusion zu beseitigen versucht, der stärkt die Demokratie. Das ist die Aufgabe, das ist die Verpflichtung – gerade für die Arbeiterwohlfahrt.

„Die Stärke eines Volks misst sich am Wohl der Schwachen“: Dieser Satz könnte ein Leitsatz der AWO sein. Ich würde ihn auch gern in der Präambel unseres Grundgesetzes lesen. Er steht in der Präambel der Schweizer Verfassung aus dem Jahr 1999: „Die Stärke eines Volkes misst sich am Wohl der Schwachen“. Das ist ein mutiger Satz, weil die Stärke eines Volkes, die Stärke eines Staats gern an ganz anderen Faktoren bemessen wird. Die einen messen sie am Bruttosozialprodukt und am Exportüberschuss, die anderen reden dann vom starken Staat, wenn sie mehr Polizei, mehr Strafrecht und mehr Gefängnis fordern. Kaum jemand fordert den starken Staat, wenn es darum geht, soziale Ungerechtigkeiten zu beheben und etwas gegen die Langzeitarbeitslosigkeit zu tun. Kaum jemand sagt „starker Staat“, wenn er die Verknüpfung von Sozial- und Bildungspolitik meint. „Die Stärke eines Volkes misst sich am Wohl der Schwachen“ – das ist ein starker Satz, auch wenn es wohl so ist, dass schon die Bezeichnung „Schwache“ infiziert ist von den Ausschließlichkeitskriterien der Leistungsgesellschaft.

Der starke Staat ist ein Staat, der für Chancengleichheit sorgt, der sich um das Wohl der Schwachen kümmert – und dabei vielleicht auch lernt, dass die Behinderten und Schwachen gar nicht so schwach sind, wie man oft meint; und dann ihre Stärken, die Stärken des Imperfekten, zu schätzen lernt. Kurz gesagt: der starke Staat ist der Staat, der den Artikel 1 des Grundgesetzes „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ nicht für ein bloßes Sprüchlein nimmt. Ein Wohlfahrtsverband muss das ausführende Organ, das Exekutivorgan dieses Verfassungsartikels 1 sein.

Ist das auch wirklich so? Es gibt Untersuchungen über Wohlfahrtsverbände, die zu keinem schönen Ergebnis kommen: „Schraubt man das Schild am Eingang ab“, so heißt es da, „dann wird nicht mehr deutlich, wer Träger der Einrichtung ist“. Bei den kirchlichen Wohlfahrtsverbänden ist das anscheinend besonders krass – weil es die Nonnen und die Diakonissen kaum noch gibt, die früher in den Krankenhäusern und Pflegeheimen das Bild geprägt haben. Und von denen, die es noch gibt, hört man bisweilen die Klage: „Ja, wir gelten als katholische Einrichtung. Aber wir merken nichts mehr davon.“ Andere Stimmen hört man sagen: „Wer bei der Kirche arbeitet, fällt vom Glauben ab.“ Man findet solche Stimmen wohl auch im Gewerkschaftslager. Das klingt dann so: „Wer bei den Gewerkschaften arbeitet, der glaubt nicht mehr an Solidarität“. Es wäre schlimm, wenn es so wäre. Dann würden die Wohlfahrtsverbände unglaubwürdig.

Eine gute Zukunft haben die Wohlfahrtsverbände nur dann, wenn sie glaubwürdig sind und bleiben. Es schadet nichts, sich einmal daran zu erinnern, was diese Verbände in ihren Anfängen vor einem knappen Jahrhundert gekennzeichnet hat und was sie stark gemacht hat: Es war die Leidenschaft zu helfen. Sicherlich kann und soll die Professionalisierung der sozialen Arbeit nicht zurückgefahren werden. Diese Professionalisierung ist ja nicht nur Folge der abnehmenden Zahl ehrenamtlicher Helfer, sondern auch Ergebnis der Anforderungen, die an einen gewissenhaften Umgang mit Menschen in Not und Krankheit zu stellen sind. Wir brauchen den Einsatz von gut ausgebildeten und ordentlich bezahlten Alten- und Krankenpflegern, von Drogentherapeuten, von Familienpsychologen, von Streetworkern und

Erziehern. Doch ihr Arbeitstakt ist knapp bemessen, es bleibt ihnen wenig Zeit, sich ausreichend auch um die kleinen Dinge des Leben ihrer Klientel zu kümmern, die aber für diese von großer Bedeutung sind; die Profis haben oft nicht die Zeit, um den Betroffenen über die Beratung und Behandlung hinaus auch die notwendige Portion Geduld, Aufmerksamkeit und Zuwendung zu schenken.

Das ist ein Tätigkeitsfeld für das Ehrenamt. Das aber ist ein Feld, das mehr und mehr verdorrt. Da muss neu geackert und gesät, da muss neu kultiviert und organisiert werden. Ich weiß, das ist leichter gesagt als getan. Sie werden mir ein Lied davon singen können, wie schwer es ist, Menschen nicht nur zu punktueller und spontaner Hilfsbereitschaft bei Katastrophen zu animieren, sondern zu stetiger, langfristiger sozialer Mitarbeit. Meine Frage: Wird es wirklich intensiv genug versucht?

Müssen nicht die Wohlfahrtsverbände der Ort sein, in dem sich soziales privates Engagement trifft, sammelt und bündelt? War dieses gesammelte und gebündelte private Engagement nicht ein Grund dafür, warum der Staat soziale Arbeit an die Wohlfahrtsverbände übertragen hat? Ist es nicht dieses Engagement, das eine AWO, eine Caritas, eine Innere Mission von den kommerziellen Firmen unterscheidet? Ist fürchte, es ist nicht selten so, dass das ehrenamtliche Engagement von den Profis einfach als störend empfunden wird ... Ich denke: Die Wohlfahrtsverbände werden stärker als bisher darüber nachdenken müssen, das Ehrenamt wieder neu zu würdigen, besser in ihre Arbeit einzubauen und zu strukturieren. Es geht um nicht weniger als um die Legitimation der freien Wohlfahrtspflege.

Es ist doch so: Beim Stichwort „Wohlfahrtsverband“ denkt man heute nicht so sehr an einen Zusammenschluss von sozial engagierten Menschen. Man denkt erst einmal an eine Großorganisation (und dabei ist noch kaum bekannt, dass es sich bei den großen Wohlfahrtsverbänden um die größten Arbeitgeber Deutschlands handelt). „Wohlfahrtsverbände“: Man denkt an Apparate, die das Soziale verwalten, Massengeschäfte bewältigen und dafür staatliche Gelder kassieren. Und man denkt an Funktionäre, die Verbandspolitik betreiben, um dafür zu sorgen, dass dem Verband nicht die Butter vom sozialen Brot genommen wird.

Stimmt ja auch, irgendwie: Als nach dem 2. Weltkrieg die Wohlfahrtsverbände wieder gegründet wurden, war der neu entstandene demokratische Staat dankbar dafür – Millionen ausgebombte Menschen, Kriegsversehrte, Flüchtlinge und Waisenkinder mussten versorgt werden; es gab so unendlich viel zu tun auf den sozialen Feldern, dass das der Staat allein unmöglich packen konnte. So etablierten sich die Wohlfahrtsverbände; und es entwickelte sich eine Arbeitsteilung zwischen ihnen und dem Staat, die dem Prinzip der Subsidiarität folgte: Dort, wo die freien Verbände tätig waren oder tätig werden wollten, konkurrierte der Staat nicht mit eigenen Einrichtungen, sondern er unterstützte sie mit seinen finanziellen Mitteln.

Das hat dann dazu geführt, dass mit dem Ausbau des Sozialstaats die Betätigungsfelder der Wohlfahrtsverbände immer größer wurden und die Verbände selbst zu gewaltiger Größe heranwuchsen: Krankenhäuser, Kindergärten, Altenheime, Obdachlosenasyile, Gefangenen- und Drogenhilfe, Familienberatung – weit über die Hälfte aller sozialen Einrichtungen in Deutschland sind heute in der Trägerschaft der freien Wohlfahrtspflege, deren Arbeit zu gut 90 Prozent aus staatlichen Mitteln finanziert wird.

Das hört sich nach einem sozialen Siegeszug an. Aber - dieser Siegeszug ist gestoppt, der Optimismus vorbei, die Zahl der Mitglieder sinkt, die Mitgliedsbeiträge sinken naturgemäß auch, die Spenden fließen nicht mehr sehr kräftig, und der Staat spart am Sozialstaat; die Wohlfahrtsverbände haben Schwierigkeiten, die soziale Arbeit an manchen Brennpunkten noch zu gewährleisten - zum Beispiel die Straftatlosenentlastung, die der Staat überhaupt nicht mehr finanziert. Die Wohlfahrtsverbände sind zur Bühne einer Krise geworden – einer Krise der Gesellschaft, in der die Solidarität bröckelt, und einer Krise des Staates, der seinen sozialen

Auftrag aus den Augen zu verlieren scheint. Die Wohlfahrtsverbände werden darüber nachdenken müssen, wie die bröckelnde Solidarität wieder gefestigt werden kann.

Das Nachdenken darüber beginnt mit einer Feststellung: Die soziale Arbeit, um die es in den Verbänden geht, bleibt für die Öffentlichkeit viel zu sehr im Abstrakten und im Dunklen. Die Sozialarbeit scheint in eine Blackbox abgeschoben zu sein, in eine anonyme Institution, von der man in der Öffentlichkeit nur das Label kennt und hinter deren Türen zu blicken man keine Lust hat. Die Arbeit der Wohlfahrtsverbände muss aus dieser Abstraktheit wieder herausgeholt werden. Ein Weg dahin ist die Wiederbelebung der ehrenamtlichen Arbeit – die natürlich die professionelle Arbeit nicht ersetzen, sondern bereichern soll. Die Renaissance des Ehrenamts könnte die Sozialarbeit wieder zurück in die Mitte der Gesellschaft holen.

Die AWO muss das erstarken lassen, was sie unverwechselbar, unverzichtbar und kostbar gemacht hat: Sie muss Pfadfinder und Streithelfer sein für soziale Gerechtigkeit. Soziale Gerechtigkeit – das ist und bleibt das Schlüsselwort. Und das Sinnieren über dieses Wort zeigt die Herkulesaufgabe, der man sich stellen muss. Es ist nämlich schlichtweg so: Das Leben beginnt ungerecht, und es endet ungerecht – und dazwischen ist es nicht viel besser. Der eine wird mit dem silbernen Löffel im Mund geboren, der andere in der Gosse. Der eine zieht bei der Lotterie der Natur das große Los, der andere die Niete. Der eine erbt Talent und Durchsetzungskraft, der andere Aids und Antriebsschwäche. Die Natur ist ein Gerechtigkeitsrisiko. Bei der einen folgt einer behüteten Kindheit eine erfolgreiche Karriere. Den anderen führt sein Weg aus dem Glasscherbenviertel direkt ins Gefängnis. Die eine wächst auf mit Büchern, der andere mit Drogen. Der eine kommt in eine Schule, die ihn stark, der andere in eine, die ihn kaputt macht. Der eine ist gescheit, aber es fördert ihn keiner; der andere ist doof, aber man trichtert ihm das Wissen ein.

Die besseren Gene hat sich niemand erarbeitet, die bessere Familie auch nicht. Das Schicksal hat sie ihm zugeteilt. Es hält sich nicht an die Nikomachische Ethik. Es teilt ungerecht aus und es gleicht die Ungerechtigkeiten nicht unbedingt wieder aus. Hier hat der Sozialstaat, hier haben die Wohlfahrtsverbände ihre Aufgabe.

Kritiker verwechseln soziale Gerechtigkeit oft mit absurder Gleichmacherei. Das Übel, dass manche Leute ein schlechtes Leben führen, besteht aber nicht darin, dass andere Leute ein besseres Leben führen; das Übel liegt vor allem darin, dass schlechte Leben schlecht sind. Und das Gute ist, dass – auch mittels derer, die ein besseres Leben führen – denjenigen geholfen werden kann, deren Leben schlecht ist. Wenn der Staat schon nicht dafür sorgen kann, dass alle Kinder in geordneten Verhältnissen geboren werden, dann muss er wenigstens dafür sorgen, dass sie sodann die Förderung erfahren, die sie brauchen! Soziale Gerechtigkeit kann nicht an den Markt delegiert werden. Der Markt versagt bei der Versorgung derjenigen, die nichts anzubieten haben und die nicht nachgefragt werden.

»Suum cuique, Jedem das Seine« – das bedeutet im Staat dieses Grundgesetzes, jedem ein Leben in Würde zu ermöglichen; dazu gehört, dass jeder ein ausreichendes Stück vom Ganzen erhält. Es geht dem Sozialstaat des Grundgesetzes nicht um gleiche Geldbeutel, gleiche Bankkonten, gleich große Wohnungen und gleich große Autos; es geht ihm um die Förderung der Kräfte und Talente, die in jedem stecken. Es geht in diesem Sozialstaat um so viel, auch finanzielle Hilfe für jeden einzelnen, dass der nicht gebückt durchs Leben gehen muss Demokratie braucht den aufrechten Bürger. Deshalb braucht die Demokratie den Sozialstaat.

Ein Sozialstaat ist ein Staat, der gesellschaftliche Risiken, für die der einzelne nicht verantwortlich ist, nicht bei diesem ablädt. Er verteilt, weil es nicht immer Manna regnet, auch Belastungen. Aber dabei gilt, dass der, der schon belastet ist, nicht auch noch das Gros der Belastungen tragen kann. Ein Sozialstaat gibt nicht dem, der schon hat; und er nimmt nicht dem, der ohnehin wenig hat. Er schafft es, dass die Menschen trotz Unterschieden in Rang, Talenten und Geldbeutel sich auf gleicher Augenhöhe begegnen können. Wie gesagt: Die Stärke eines Volkes misst sich am Wohl der Schwachen.

Eine steigende Zahl von Kindern wächst in Armut auf, in Großstädten wie in Berlin lebt jedes fünfte Kind vom Sozialamt. Soziologen reden von der Infantilisierung der Armut, und sie wissen: Armut ist vererblich. Die beispiellose, stetige Zunahme an Gleichheit, die Deutschland wie alle westlichen Länder im interkulturellen Vergleich seit dem 19. Jahrhundert erlebt hat, ist gestoppt. Die soziale Dynamik der fünfziger Jahre, als in der Nachkriegsgesellschaft Millionen bei Null anfangen mussten, als in Westdeutschland zehn Millionen Flüchtlinge das soziale Gefüge durcheinander brachten, diese soziale Dynamik ist längst ausgelaufen. Und die Bildungsoffensive der siebziger Jahre, als die Kinder kleiner Handwerker und strebsamer Facharbeiter zu Hunderttausenden auf der Strickleiter nach oben kletterten, die ihnen das BAföG geknüpft hatte, ist zu Ende; die Strickleiter ist eingerollt. Das System, so beklagen es die PISA-Studien, ist semipermeabel geworden, durchlässig also nur noch in eine Richtung.

((((Jahr für Jahr verlassen in Deutschland knapp hunderttausend Schülerinnen und Schüler die Hauptschule ohne Abschluss. Die Hauptschule ist, anders als der Name sagt, nicht mehr Hauptschule, sondern Schule des sozialen Restes, der Ort für Ausschluss und Ausschuss. „Wir können nichts“, haben die Schüler im fünften Jahrgang einer Hauptschule ihrer neuen Klassenlehrerin gesagt, als sie aufschreiben sollten, was sie denn gut können. „Wir können nichts“. Aber die Kids in den Hauptschulen haben Kompetenzen, die in der Schule wenig oder gar nicht honoriert werden: Kinder, die keinen Satz ordentlich schreiben und keine zwei Absätze ordentlich vorlesen können, schreiben blind unter der Bank SMS. Die Zwölfjährige spricht akzentfrei Deutsch und kann ebenso gut Türkisch und Italienisch, weil ihre Eltern aus diesen Ländern kommen. Nur aufschreiben kann sie das nicht, was sie sagt. Aber sie wäscht ihre Wäsche selbst, weil die sich bei ihrer Mutter immer verfährt. Andere Kinder bringen ihre Geschwister morgens in den Kindergarten, müssen auch selbst dafür sorgen, das sie ihre Schulsachen dabei haben – Dinge, auf die in Mittelstandsfamilien die Eltern achten. Perspektiven bietet diesen bemerkenswert selbständigen Kindern die Hauptschule nicht; sie ist ein Stigma. Man wird die Schule zur Befreiungseinrichtung aus den Milieus der neuen Unterschicht machen müssen, und die Ganztageschule wird weniger ein Zugeständnis an die werktätigen Eltern der Mittelschicht sein, als eine Art Internat für Kinder aus Unterschichten und sozialen Risikogruppen))).

Der Sozialstaat muss wieder der große Ermöglicher werden und die Wohlfahrtsverband müssen sein ausführendes Organ sein. Der Sozialstaat ist der Handausstreckter für die, die eine helfende Hand brauchen. Er ist ein Staat, der es nicht bei formalrechtlicher Gleichbehandlung belässt, nicht dabei also, dass das Gesetz es in seiner majestätischen Erhabenheit Armen und Reichen gleichermaßen verbietet, unter den Brücken zu schlafen (wie der französische Schriftsteller Anatole France das so schön gesagt hat).

Der Sozialstaat gibt den Armen nicht nur Bett und Dach, sondern ein Fortkommen aus der Armut. Der Sozialstaat ist mehr als nur eine Sozialversicherung; die ist nur eines seiner Instrumente. Manchmal ist der Sozialstaat ein Tisch, unter den man seine Füße strecken kann. Das bedeutet aber, dass die Politik bei sozialstaatlichen Reformen sich nicht benehmen kann wie ein täppischer Handwerker bei der Reparatur eines wackligen Tisches, der erst vom einen Tischbein und dann von einem anderen ein Stück absägt, bis die Sägerei reihum kein Ende mehr nimmt. Der Tisch bleibt wacklig, und seine Beine werden so kurz, dass er als Tisch nicht mehr taugt.

Ein Sozialstaat sorgt dafür, dass der Mensch reale, nicht nur formale Chancen hat. Er entwickelt eine Politik, die Chancenungleichheiten ausgleicht. Er ist daher, mit Maß und Ziel, Schicksalskorrektor – und die Wohlfahrtsverbände sind so etwas wie Schicksalskorrektorate. Der Sozialstaat mit seinen Wohlfahrtsverbänden erschöpft sich also nicht in der Fürsorge für Benachteiligte, sondern zielt auf den Abbau der strukturellen Ursachen für diese Benachteiligungen. Madame de Meuron, die 1980 gestorbene »letzte Patrizierin« von Bern, sagte einmal einem Bauern, der sich in der Kirche auf ihren Stuhl verirrt hatte: »Im Himmel sind

wir dann alle gleich, aber hier unten muss Ordnung herrschen.« Die Ordnung, die sich der Sozialstaat vorstellt, ist das nicht.

Deutschland ist fürwahr kein armes Land, aber es gibt immer mehr Armut in Deutschland. Armut hat heute viele Gesichter: Da ist der arbeitslose Akademiker, da ist der Gelegenheitsarbeiter, da ist der wegrationalisierte Facharbeiter; da sind die schon immer zu kurz Gekommenen am Rand der Gesellschaft, da ist die alleinerziehende Mutter, die den Sprung ins Berufsleben nicht mehr schafft. Da ist der überflüssig gewordene Bankangestellte, der sein Haus verloren hat und nun vom Arbeitslosengeld II lebt, da sind die Einwanderkinder, die nicht aus ihrem Ghetto herauskommen, da sind dreihunderttausend Obdachlose. All diese relativ Armen haben wenig gemeinsam, das macht die Armutsbekämpfung schwierig. In einem der reichsten Länder der Welt wächst die Diskrepanz zwischen Arm und Reich – und Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, arbeiten genau in dieser Kluft. Der vormalige Generalbundesanwalt Kay Nehm hat kurz vor dem Ende seiner Amtszeit vor einem „Auseinanderdriften der Gesellschaft“ gewarnt, das den inneren Frieden gefährden könnte. So ist es: Es gibt eine Rutsche in die Armut, genannt Hartz IV, und es gibt eine gewaltige Angst davor, dass man sich auf einmal selbst darauf befinden könnte.

Das ist das Feld auf dem Sie arbeiten. Es ist eine Arbeit auch für den inneren Frieden. „Wohlfahrt“ – das klingt so betulich, ist aber ein täglicher Kampf. Es ist der Kampf um die innere Sicherheit der Menschen. Wenn Millionen Menschen am Rand der Gesellschaft leben und nur noch abwinken, wenn es um Politik geht, wenn sie sich ausklinken, wenn sie zu Dauer-Nichtwählern werden – dann hat die relative Armut eine relative Demokratie zur Folge. Aktivierende Sozialpolitik gewinnt daher ein neues, besonderes Gewicht: sie wird zur Basispolitik der Demokratie. Sie sorgt dafür, dass der Mensch Bürger sein kann.

Wohl dem Verband, der mit seiner Arbeit dazu beiträgt. Er ist dann ein Wohlfahrtsverband.

Dr.jur. Heribert Prantl leitet die innenpolitische Redaktion der Süddeutschen Zeitung